



Amtsblatt der Stadt Köln

44. Jahrgang

G 2663

Ausgegeben am 8. Mai 2013

Nummer 18

Inhalt

Geschäftsordnung

- 247 Die am 14.12.2010 vom Rat der Stadt Köln beschlossene Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln wird geändert Seite 297

Öffentliche Bekanntmachungen

- 248 Öffentliche Bekanntmachung von Bauleitplänen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur Aufstellung eines Bebauungsplans Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln- Altstadt/Süd Seite 297

- 249 Öffentliche Bekanntmachung von Bauleitplänen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur Änderung eines Beschlusses über die Aufstellung eines Bebauungsplan-Entwurfs Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd Seite 298

- 250 Widmung des Teilstücks der Straße Rath-Mengenicher Weg in Köln-Widdersdorf, Gemarkung Lövenich, Flur 53, Flurstücke T 259, T 256, T 224, 261, T 185, 154, 156, 158 Seite 298

- 251 Einziehung eines Teilstücks der Straße Rath-Mengenicher-Weg in Köln-Widdersdorf, Gemarkung Lövenich, Flur 53, Flurstück 190, T 203 Seite 299

- 252 Bekanntmachung des Umlegungsausschusses der Stadt Köln Seite 299

- 253 Bekanntmachung Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln Seite 299

Öffentliche Ausschreibung nach VOB

- 254 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Burgwiesenstraße 125, Köln - Prallschutz Holz - 2013-0845-2-c Seite 299

- 255 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Grundschule Geilenkircher Straße 52, Köln – Trockenbauarbeiten – 2013-0876-2-c Seite 300

Öffentliche Ausschreibung nach VOB – Offenes Verfahren

- 256 Gymnasium Schaurtestraße – Betonwerksteinarbeiten, Fliesen- und Plattenarbeiten – 2013-0763-5-c Seite 301

Öffentliche Ausschreibung nach VOF

- 257 Erweiterung und Generalinstandsetzung des Köl-nischen Stadtmuseums, Europaweiter einphasiger begrenzter Wettbewerb für Architekten mit EU-weiter Ankündigung und vorgeschaltetem Auswahlverfahren nach RAW 2004 – Objektplaner – 2013-0788-3 Seite 303

247 Die am 14.12.2010 vom Rat der Stadt Köln beschlossene Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absätze 5 und 6 erhalten folgende Fassung:

„(5) Die Vorlagen (Beschlussvorlagen und Anträge) zu den einzelnen Tagesordnungspunkten für den Rat sind den Ratsmitgliedern mindestens 6 Arbeitstage vor dem Sitzungstermin zuzustellen. Dies gilt nicht für Änderungsanträge, Stellungnahmen, Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen.
Vorlagen, die nicht fristgerecht vor dem Sitzungstermin zugestellt worden sind, werden in der entsprechenden Sitzung nicht mehr behandelt, es sei denn, alle Ratsmitglieder stimmen einer Behandlung der Vorlage in der Ratssitzung vor Eintritt in die Tagesordnung zu; dies gilt jedoch nicht in den Fällen des § 12 Absatz 3 dieser Geschäftsordnung (dringliche Angelegenheiten).“
2. § 3 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Anträge sind mit schriftlicher Begründung und einem Beschlussentwurf spätestens am 8. Arbeitstag vor der Sitzung (bis 12 Uhr) im Amt der Oberbürgermeisterin/ des Oberbürgermeisters einzureichen.“
3. Nach § 38 Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 1a eingefügt:

„(1a) Anträge sind mit schriftlicher Begründung und einem Beschlussentwurf spätestens am 10. Arbeitstag vor der Sitzung (bis 12 Uhr) bei der Schriftführung der Bezirksvertretung einzureichen. Fallen in diesen Zeitraum ein oder mehr gesetzliche Feiertage, verkürzt sich die Frist ausnahmsweise auf 9 Arbeitstage. Für die Zustellungsfristen gemäß § 2 Absätze 5 und 6 werden abweichend 7 Arbeitstage vorgesehen.“

Köln, den 25.04.2013
Der Oberbürgermeister
gez. Roters

248 Öffentliche Bekanntmachung von Bauleitplänen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur Aufstellung eines Bebauungsplans Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln- Altstadt/Süd

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 8. Juli 2010 unter anderem folgenden Beschluss gefasst:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebau-

ungsplan für das Gebiet in Gemarkung 054958, Flur 4, zwischen Georgsplatz, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 754/36, der östlichen Grenze der Flurstücke 526/35 und 826, der Weberstraße, der westlichen Grenze des Flurstücks 760, der nördlichen Grenzen der Flurstücke 757 und 758, der östlichen Grenze der Flurstücke 504 und 748, der nördlichen Grenze des Flurstücks 748 und der Severinstraße in Köln-Altstadt/Süd – Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd – aufzustellen mit dem Ziel unter anderem nach durchgeführtem Realisierungswettbewerb eine städtebauliche Neuordnung zu erzielen. In diesem Zusammenhang ist die Art der Nutzung mit Fläche für Schule und gemischte Nutzung, das Maß der baulichen Nutzung und die überbaubaren Grundstücksfläche festzusetzen;

2. für die Schließung des Blockrandes entlang der Severinstraße sowie der Ecke Severinstraße/Georgsplatz neben privaten Flächen für Handel und Gastronomie im Erdgeschoss, teilweise schulischer Nutzung, ab dem ersten Obergeschoss eine Wohnnutzung festzusetzen.
3. Zielvorgabe für eine intensive Dachbegrünung (mit Ausnahme von Flächen für Solaranlagen) sollte 75 % sein. Eine Dachneigung bis maximal 15 Grad ist im Bebauungsplan festzuschreiben.
4. Im Bebauungsplan soll ein Beitrag zur Verminderung von Wärmeinseln erkennbar sein, zum Beispiel Grünflächen.

Köln, den 29. April 2013

Der Oberbürgermeister
gez. Roters

Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Köln, den 29. April 2013

Der Oberbürgermeister
gez. Roters

249 Öffentliche Bekanntmachung von Bauleitplänen Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses zur Änderung eines Beschlusses über die Aufstellung eines Bebauungsplan-Entwurfs

Arbeitstitel: Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd

Der Stadtentwicklungsausschuss hat in seiner Sitzung am 31. März 2011 unter anderem folgenden Beschluss gefasst:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan – Arbeitstitel Südlich Georgsplatz in Köln-Altstadt/Süd –, dessen Aufstellung am 08.07.2010 vom Stadtentwicklungsausschuss, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet zwischen Georgsplatz, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 754/36, der östlichen Grenze der Flurstücke 526/35 und 826, der Weberstraße, der westlichen Grenze des Flurstücks 760, der nördlichen Grenzen der Flurstücke 757 und 758, der östlichen Grenze der Flurstücke 504 und 748, der nördlichen Grenze des Flurstücks 748 und der Severinstraße in Köln-Altstadt/Süd beschlossen wurde, in seinem Geltungsbereich um die Grundstücke im Bereich Ecke Severinstraße/Löwengasse (Flurstücke 748, 750/43, 749,

43/1, 500, 844, 502, 504, 756, 756, 757, 758) zu erweitern mit dem Ziel, unter anderem Art und Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücksflächen und die örtlichen Verkehrsflächen festzusetzen.

Köln, den 29. April 2013

Der Oberbürgermeister
gez. Roters

Bekanntmachungsanordnung

Der vorstehende Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Köln, den 29. April 2013

Der Oberbürgermeister
gez. Roters

250 Widmung des Teilstücks der Straße Rath-Mengener Weg in Köln-Widdersdorf, Gemarkung Lövenich, Flur 53, Flurstücke T 259, T 256, T 224, 261, T 185, 154, 156, 158

Gemäß § 6 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz NRW vom 23.09.1995 wird das Teilstück der Straße Rath-Mengener Weg zwischen dem Freimersdorfer Weg zur Trasse der Deutschen Bahn wie folgt gewidmet:

Der Rath-Mengener Weg zwischen Freimersdorfer Weg und Trasse der Deutschen Bahn (Gemarkung Lövenich, Flur 53, T 259, T 256, T 224, 261, T 185, 154, 156, 158) wird als Gemeindestraße ohne Benutzungsbeschränkung gewidmet.

Die Widmung wird mit dieser öffentlichen Bekanntmachung wirksam.

Ein Plan, aus dem die Lage der gewidmeten Fläche ersichtlich ist, kann beim

Bauverwaltungsamt, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Zimmer 13 C 62,

montags und donnerstag	von 8.00 – 16.00 Uhr,
dienstags	von 8.00 – 18.00 Uhr,
mittwochs und freitags	von 8.00 – 12.00 Uhr

sowie nach besonderer Terminvereinbarung (Telefon 0221/221-22940) eingesehen werden.

Die Widmung gilt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Köln als bekannt gegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln, Köln, erhoben werden.

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag
Angela Thiemann, Amtsleiterin

251 Einziehung eines Teilstücks der Straße Rath-Mengenicher-Weg in Köln-Widdersdorf, Gemarkung Lövenich, Flur 53, Flurstück 190, T 203

Gem. § 7 Abs. 2 Straßen- und Wegegesetz NRW in der Fassung vom 23.09.1995 wird für ein Teilstück der Straße Rath-Mengenicher-Weg in Köln-Widdersdorf, Gemarkung Lövenich, Flur 53, Flurstück 190, T 203 die Einziehung verfügt und damit die Fläche dem öffentlichen Verkehr endgültig entzogen.

Die Einziehung entspricht den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 5946/02.

Ein Plan, aus dem die Lage der einzuziehenden Fläche ersichtlich ist, kann beim Bauverwaltungsamt, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, Zimmer 13 C 62,

montags und donnerstags	von 8.00 – 16.00 Uhr,
dienstags	von 8.00 – 18.00 Uhr,
mittwochs und freitags	von 8.00 – 12.00 Uhr

sowie nach besonderer Terminvereinbarung (Telefon 0221/221-22940) eingesehen werden.

Die Einziehung gilt am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Köln als bekannt gegeben.

Die Einziehung wird im Zeitpunkt der öffentlichen Bekanntmachung wirksam.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Einziehung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage vor dem Verwaltungsgericht Köln, Köln, erhoben werden.

Der Oberbürgermeister
Im Auftrag
Angela Thiemann, Amtsleiterin

252 Bekanntmachung des Umlegungsausschusses der Stadt Köln

Gemäß § 71 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 20.07.2004, bekannt gemacht am 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der derzeit gültigen Fassung wird hiermit ortsüblich bekannt gemacht, dass der Umlegungsplan vom 28.02.2013 für das Umlegungsgebiet Nr. 389 in Köln-Holweide, zwischen der Straße ‚Kranzbinderweg‘, den nördlichen Grenzen der Flurstücke 207/6 und 1476/207, der nördlichen und östlichen Grenzen des Flurstücks 207/2, der östlichen Grenze des Flurstücks 1243, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1243, 1242, 1241, 1240 und 1239, am 23.04.2013 unanfechtbar geworden ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen die Feststellung der Unanfechtbarkeit kann innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntmachung Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt werden.

Über den Antrag auf gerichtliche Entscheidung entscheidet das Landgericht – Kammer für Baulandsachen – in Köln.

Der Antrag ist beim Umlegungsausschuss der Stadt Köln, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln, einzureichen.

In dem Verfahren vor der Baulandkammer des Landgerichts Köln können Anträge nur durch einen in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Rechtsanwalt gestellt werden.

Falls die Frist zur Klageerhebung durch das Verschulden eines bestellten Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden dem Vollmachtgeber zugerechnet werden.

Köln, 29.04.2013

Der Geschäftsführer des Umlegungsausschusses
gez. Wilhelms

253 Bekanntmachung Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln

Herr Klaus Hoffmann, Mitglied der Fraktion Freie Wähler-Kölner Bürger Bündnis im Rat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2009/2014, hat mit Wirkung vom 26.04.2013 sein Ratsmandat niedergelegt.

Als Nachfolger wurde gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes

Herr Andreas Henseler, Beigeordneter a.D., geb. 1947 in Fischenich, Liblarer Str. 18, 50968 Köln

festgestellt und als Mitglied des Rates berufen.

Gegen die Feststellung kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe Einspruch eingelegt werden, über den der Wahlleiter entscheidet.

Köln, 26.04.2013

Jürgen Roters
Oberbürgermeister und Wahlleiter

254 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Burgwiesenstraße 125, Köln - Prallschutz Holz - 2013-0845-2-c

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2

50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle

Vergabenummer: 2013-0845-2-c

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterrinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher

von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17 und 18 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag,
Ort der Ausführung: IGS Burgwiesenstraße 125, 51067 Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags:

Innenausbau/Prallschutz/Akustikverkleidung/Schreinerarbeiten

Im Rahmen des Bauvorhabens „Energetische Sanierung der Turnhallenfassaden“ wird die gesamte Innenverkleidung von zwei Dreifach-Sporthallen ersetzt. Die neue Auskleidung besteht aus gelochten Holzwerkstoff-Elementen in Holzoptik. Im unteren Bereich als Prallschutz, darüber als ballwurfsichere Akustikverkleidung ausgeführt. Außerdem werden die Geräteraumtore erneuert.

Aufteilung in Lose:

Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: ja

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags:

Demontage + Entsorgung: 445 qm Prallschutz + Dämmung aus alter Mineralwolle, 2145 qm Prallschutz + ballwurfsichere Akustikverkleidung + Aluminium-UK, 13 Sporthallentore, 10 Türen

Optionen: nein

Vertragslaufzeit der Auftragsausführung: 13 Monate

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise:
mit dem Angebot

Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll: nein

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): Preis zu 100 %

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-,
Zimmer-Nummer: 10 A 05, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
Telefon: 0221/221-25216, Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Verga-

benummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen:

Für Abholer: 7,02 Euro, Bei Versand: 8,47 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 21.05.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 28.05.2013, 10.30 Uhr

Zuschlagsfrist: 28.08.2013

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-,

Zimmer-Nummer: 10 A 21, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln

255 Öffentliche Ausschreibung nach VOB Grundschule Geilenkircher Straße 52, Köln – Trockenbauarbeiten – 2013-0876-2-c

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2

50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle

Vergabenummer: 2013-0876-2-c

Verfahrens-/Vertragsart: öffentliche Ausschreibung – VOB

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17 und 18 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag

Ort der Ausführung: Geilenkircher Straße 52, 50933 Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags:

Gegenstand dieser Ausschreibung sind Abhang-Deckenbe-

kleidungen aus Gipskartonplatten in den Fluren und Treppenhäusern. Die Bekleidungen sind mit Höhenversätzen auszuführen. Teilflächen sind mit Gipskartonlochplatten auszuführen.

Desweiteren gehört zum Leistungsumfang das Schließen von zurückgebauten Deckenteilen sowie F90-Leitungsverkofferungen

Beginn: 22.07.2013, Ende: nach Bauzeitenplan

Aufteilung in Lose: Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: ja

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags:

circa 520,00 m² Abhangdeckenbekleidungen in Fluren 1./2. OG

circa 215,00 m² Abhangdeckenbekleidungen im Flur EG

circa 270,00 m² Abhangdeckenbekleidungen in den Treppenhäusern

Revisionsklappen

Aussparungen

Optionen: nein

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: §17 VOB/B.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: §16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

Zeitpunkt der Vorlage der geforderten Nachweise: mit dem Angebot

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): Preis zu 100%

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-,

Zimmer-Nummer: 10 A 05, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
Telefon: 0221/221-25216, Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen:

Für Abholer: 8,10 Euro, Bei Versand: 10,50 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 21.05.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 28.05.2013, 10 Uhr

Zuschlagsfrist: 28.08.2013

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-,

Zimmer-Nummer: 10 A 21, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln

256 Öffentliche Ausschreibung nach VOB

Offenes Verfahren

Gymnasium Schaurtestraße – Betonwerksteinarbeiten, Fliesen- und Plattenarbeiten – 2013-0763-5-c

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle

Vergabenummer: 2013-0763-5-c

Verfahrens-/Vertragsart: Offenes Verfahren – VOB

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17 und 18 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag

Ort der Ausführung: Schaurtestraße 1, 50679 Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags:

Lieferung und Verlegung von Betonwerksteinplatten (Böden, Treppen) und Fliesen (Wand).

Aufteilung in Lose:

Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Gesamtmenge beziehungsweise -umfang des Auftrags:

circa 32 m² Abbruch Verbundestrich, d= 40-60 mm

- circa 25 m² Abbruch Bodenfliesen

- circa 423 m² Bodenbelag aus Betonwerksteinplatten 30/60/2 cm im Dünnbett

- circa 32 m² Bodenbelag aus Betonwerksteinplatten 30/60/2 cm im Mörtelbett

- circa 400 m Sockelleisten aus Betonwerkstein 60/7/1 cm

- circa 125 Stück Winkelstufen aus Betonwerkstein, d= 4 cm, L= 144 – 147 cm, STG 17/28

- circa 4 Stück Winkelstufen aus Betonwerkstein, d= 4 cm, L= 220 cm, STG 18/28

- circa 27 m Trittstufen aus Betonwerkstein, d= 4 cm, B= 32 cm

- circa 208 m Gleitschutz aus eingefrästen Rillen, an Stufenkanten
 - circa 46 m Kontraststreifen, in Stufenkanten eingelegt
 - circa 25 m² Aufmerksamkeitsfelder aus Betonwerkstein (Blindenleitsystem)
 - circa 130 m Stufensockel aus Betonwerkstein, 7/1 cm
 - circa 880 m dauerelastische Verfüzung
 - 1 Stück Reinstreifermatte 220 x 220 cm
 - 14 Stück Fensterbänke aus Betonwerkstein, 50/22/2 – 151/33/3
 - circa 18 m Brüstungsabdeckung aus Betonwerkstein, B= 28 cm
 - circa 19 m² Wand-Mosaikfliesen 2,5 x 2,5 cm
 - 8 Stück Kristallspiegel 40 x 70 cm
- Beginn und Ende der Auftragsausführung:
Beginn: 10/2013 Ende 11/2013

Voraussetzungen des Auftrags

Geforderte Kautionen und Sicherheiten: § 17 VOB/B, Sicherheit für die Vertragserfüllung 5%, Sicherheit für die Mängelansprüche 3%

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen beziehungsweise Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: § 16 VOB/B.

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung: Die Durchführung der Arbeiten erfolgt in einem Bestandsgebäude und in einem Neubau im laufenden Schulbetrieb.

Geforderte Nachweise zur persönlichen Lage:

Bieter sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bei Angebotsabgabe bekannt sind, haben mit dem Angebot die gemäß Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10.01.2012 (Gesetz- und Verordnungsblatt Ausgabe 2012 Nummer 2 vom 26.01.2012 Seite 15 bis 26) erforderliche Verpflichtungserklärung abzugeben (Gewährung von Tarif- beziehungsweise Mindestlohn, Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen); ein Vordruck ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

Geforderte Nachweise zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit:

- Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre,
- Nachweis einer bestehenden Haftpflichtversicherung in Höhe von 250.000 Euro oder Erklärung, dass eine solche im Auftragsfall abgeschlossen wird.

Geforderte Nachweise zur technischen Leistungsfähigkeit:

- Referenzliste mit Angabe der Ansprechpartner mit Telefonnummern von mind. 3 gleichwertigen Projekten.
- Das für das Projekt vorgesehene technische Personal, Anzahl und Qualifikation des zum Einsatz kommenden Fachpersonals.

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): Niedrigster Preis zu 100 %

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 05, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Telefon: 0221/221-26886, Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags

von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Vergabenummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen:

Für Abholer: 13,40 Euro, Bei Versand: 15,80 Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 10.06.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 18.06.2013, 10 Uhr

Zuschlagsfrist: 18.09.2013

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 21, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2–10, 50667 Köln

Einlegung von Rechtsbehelfen: Genaue Angaben zu den Fristen von Rechtsbehelfen:

siehe § 107 Absatz 3 Nummern 1 bis 4 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

unverzüglich gegenüber der Stadt Köln nach Erkennen des Verstoßes gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren spätestens bis Ablauf der Angebots-/Bewerbungsfrist bei Verstößen gegen Vergabevorschriften in der Bekanntmachung spätestens bis Ablauf der Angebots-/Bewerbungsfrist bei Verstößen gegen Vergabevorschriften in den Vergabeunterlagen innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung der Stadt Köln, der Rüge nicht abhelfen zu wollen

siehe § 101b Absatz 2 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

30 Kalendertage ab Kenntnis des Rechtsverstoßes, spätestens jedoch sechs Monate nach Vertragsschluss Im Fall der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU

Tag der Absendung der vorliegenden Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: 24.04.2013

Anfragen per E-Mail zu Ausschreibungen und Vergabevorgängen richten Sie bitte gleichzeitig an unser Postfach „Submissionsdienst-Vergabeamt@stadt-koeln.de“

257 Öffentliche Ausschreibung nach VOF Erweiterung und Generalinstandsetzung des Kölnischen Stadtmuseums, Europaweiter einphasiger begrenzter Wettbewerb für Architekten mit EU-weiter Ankündigung und vorgeschaltetem Auswahlverfahren nach RAW 2004 – Objektplaner – 2013-0788-3

Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Zusendung der Unterlagen: Online-Formular

Für Selbstabholer: Ausgabestelle: Zimmer 10 A 04

Vergabenummer: 2013-0788-3

Verfahrens-/Vertragsart: Verhandlungsverfahren – VOF

Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Die Vergabe des Auftrages richtet sich unter anderem nach dem Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW) vom 10. Januar 2012. Hiernach müssen Bieterrinnen oder Bieter, deren Nachunternehmerinnen oder Nachunternehmer beziehungsweise Verleiherinnen oder Verleiher von Arbeitskräften, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind beziehungsweise bekannt sein müssen, gemäß den Vorgaben der §§ 4, 17 und 18 TVgG Verpflichtungserklärungen zu Umweltstandards und Energieeffizienz, sozialen Mindeststandards sowie bei Bau- und Dienstleistungen auch zu Tarif- beziehungsweise Mindestlöhnen abgeben. Die Verpflichtungserklärungen sind Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Inhalt und Umfang des Auftrags

Gegenstand der Bekanntmachung: Öffentlicher Auftrag

Ort der Ausführung: Kölnisches Stadtmuseum, Zeughausstraße 1–3, 50667 Köln

Kurze Beschreibung des Auftrags:

Entsprechend Beschluss des Rats der Stadt Köln vom 24.11.2011 sollen das Kölnische Stadtmuseum auf der westlich angrenzenden Grundstücksfläche erweitert (rund 1.800 qm Nutzfläche zuzüglich sanitäre Einrichtungen) und die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude (rund 40.000 cbm) umfassend saniert und aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Dabei sollen infrastrukturelle Defizite beseitigt sowie betriebliche und

museale Abläufe optimiert werden. Das 1888 als Historisches Museum der Stadt Köln gegründete Kölnische Stadtmuseum besteht aus drei Gebäudeteilen: Dem Zeughaus von 1606 – wiederaufgebaut nach dem zweiten Weltkrieg –, der Alten Wache aus dem Jahr 1841 – ebenfalls wiederaufgebaut nach dem zweiten Weltkrieg – sowie einem Zwischenbau für Service- und Verteilerfunktionen, errichtet 1958. Zeughaus und Alte Wache stehen unter Denkmalschutz.

Im Zeughaus befindet sich in der Hauptsache die Dauerausstellung des Museums, während in der Alten Wache Flächen für Sonderausstellungen zur Verfügung stehen. Sowohl als Teil der südlichen Hauswand des Zeughauses als auch freistehend entlang des Parkplatzes an der Zeughausstraße finden sich Reste der originalen ersten Stadtmauer Kölns, der römischen Stadtmauer. An keiner anderen Stelle in Köln befindet sich oberirdisch ein derart eindrucksvolles Konglomerat von erhaltenen historischen Bauten, stellvertretend für die bedeutendsten Phasen der 2000jährigen Geschichte der Stadt.

Alle drei Bauteile des Museums entsprechen didaktisch und

museumspädagogisch (räumliche Orientierung, Besucherführung et cetera) sowie vom Erscheinungsbild (Ausstattung, Präsentation der Exponate) nicht mehr den Erfordernissen, die Besucher an ein zeitgemäßes Museum stellen. Die technische Ausstattung wird den Anforderungen an einen energieeffizienten, umweltgerechten und nutzerorientierten Museumsbetrieb nicht

gerecht. Die Bodendenkmäler und aufgehenden historischen Befunde, wie zum Beispiel die Römermauer, sind nicht in das Museum und seine Konzeption einbezogen. Hinzu kommt eine Abschottung des Museums zur Stadtseite infolge der Bauschichte.

Der Wettbewerb wird als einphasiger, begrenzter Realisierungswettbewerb mit 28 teilnehmenden Architekturbüros mit EU-weiter Ankündigung und vorgeschaltetem Auswahlverfahren nach RAW 2004 ausgelobt. Das Wettbewerbsverfahren ist anonym. Der Wettbewerbsausschuss der Architektenkammer NRW wirkt beratend mit. Für die Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe werden 16 Büros gesetzt und 12 Büros ausgelost.

Gegenstand des Wettbewerbes ist insbesondere

1. die hochbauliche Vorentwurfsplanung für den Neubau der Erweiterung,
2. die städtebauliche Positionierung der Neubaumaßnahme(n), sowie
3. die hochbauliche Vorentwurfsplanung für den Umbau von Zeughaus und Alter Wache (räumliche und funktionale Optimierung der Flächen, Verbindung Zeughaus/Alte Wache, Anbindung Bestand an Neubau).

Die Entscheidung über den Umgang mit dem Zwischenbau ist Teil der Wettbewerbsaufgabe. Die Baumaßnahmen sollen dazu genutzt werden, das Erscheinungsbild, die Auffindbarkeit des Museums an der Zeughausstraße sowie die Wahrnehmung von Süden (Stadtseite) zu verbessern. Erst in den nachfolgenden Planungsschritten soll unter Einbeziehung der entsprechenden Fachplaner ein detailliertes Konzept für die grundlegende Sanierung der Bestandsbauten erarbeitet werden (unter anderem bauphysikalische und baukonstruktive Sanierung der Gebäudehülle, Erneuerung der gebäudetechnischen Anlagen, gebäudetechnische Maßnahmen zum Brandschutz).

Die Baukosten für die Gesamtmaßnahme (Kostengruppen 300 und 400 nach DIN 276 Neu) sind mit rund 18,0 Millionen EURO (netto) angenommen. Von den Wettbewerbsteilnehmern wird ein städtebaulich architektonisch und funktional anspruchsvoller Entwurf erwartet. Bei der Neubaubebauung ist die Erreichung des Passivhausstandards unter wirtschaftlichen Aspekten das Ziel der Planung.

VI.2) Zusätzliche Angaben: (falls zutreffend)

Fragen im Zusammenhang mit dem Bewerbungsverfahren können nur schriftlich gestellt werden. Die Anfragen sind unter Angabe der Projektbezeichnung „Wettbewerb Kölnisches Stadtmuseum – Rückfragen“ per Telefax oder per E-Mail an die unter Ziffer 1.1 „Name, Adressen und Kontaktstelle(n)“ der Bekanntmachung (Amtsblatt der Europäischen Union) genannte Adresse zu senden. Es werden nur Anfragen zugelassen und beantwortet, die so rechtzeitig eingehen, dass der Auftraggeber sechs Tage vor Ablauf der Bewerbungsfrist die zusätzlichen Auskünfte erteilen kann. Die Fragen sind so zu formulieren, dass eine klare Antwort möglich ist.

Voraussichtliche Termine:

- Bearbeitungszeitraum: 27.06. bis 16./23.09.2013 (Pläne/Modell).
- Rückfragenkolloquium: 19.07.2013.
- Preisgerichtssitzung: 18.10.2013.

Namen der bereits ausgewählten Teilnehmer:

Folgende Büros sind angefragt:

1. Architekturbüro Böhm, Köln (D);
2. Bruno Fioretti Marquez Architekten, Berlin (D);
3. Caruso St. John Architects, London (GB);
4. David Chipperfield Architects, London (GB);
5. Heidenreich & Springer Architekten, Berlin (D);
6. HPP Hentrich-Petschnigg & Partner, Düsseldorf (D);
7. Architekturbüro Kottmaier, Köln (D);
8. Kaspar Kraemer Architekten, Köln (D);
9. Peter Kulka Architektur, Köln (D);
10. LRO Lederer Ragnarsdóttir Oei Architekten, Stuttgart (D);
11. Souto Moura Arquitectos, Porto (PT);
12. Raumzeit Architekten, Berlin (D);
13. Nieto Sobejano Arquitectos, Madrid (ES);
14. Staab Architekten, Berlin (D);
15. Trint + Kreuder d.n.a., Köln (D);
16. Valentyn Architekten, Köln (D).

Sollte/n eines/mehrere der angefragten Büros für eine Wettbewerbsteilnahme nicht zur Verfügung stehen, wird in dem offenen Bewerbungsverfahren die entsprechende Anzahl Teilnehmer ausgewählt

Folgeaufträge:

Das Preisgericht gibt eine schriftliche Empfehlung für die Umsetzung der Wettbewerbsaufgabe und die weitere Beauftragung ab. Die Ausloberin wird unter Würdigung der Empfehlung des Preisgerichts einem der Preisträger die für die weitere Bearbeitung des Wettbewerbsentwurfs notwendigen Planungsleistungen übertragen, sofern einer Beauftragung kein wichtiger Grund entgegensteht. Hierzu beabsichtigt die Ausloberin unter Würdigung der Entscheidung des Preisgerichts mit allen Preisträgern ein nachgeschaltetes Verhandlungsverfahren nach VOF durchzuführen. Die Beauftragung erfolgt stufenweise ohne Rechtsanspruch auf die Beauftragung aller Leistungsstufen. Mit dem Abschluss des Vertrages werden lediglich die Leistungsphasen 2–5 HOAI §33 beauftragt. Die Ausloberin behält sich zudem vor, die Leistungen der Leistungsphasen 6 bis 8 und optional die Leistungen der Leistungsphase 9 nach §33 HOAI zu vergeben. Die Befähigung zu diesen Leistungen soll im Rahmen des Verhandlungsverfahrens nach VOF durch die Preisträger plausibel dargestellt werden. Das Wettbewerbsergebnis fließt mit 70 % in das Verhandlungsverfahren ein. Die verbleibenden 30 % werden aus unterschiedlich gewichteten Auftragskriterien ermittelt. Diese Auftragskriterien sind (Listung stellt keine Rangfolge bezüglich der Gewichtung dar):

- Plausibilisierung der Wettbewerbsentwürfe hinsichtlich Einhaltung der Kostenobergrenze.
- Plausibilisierung der Wettbewerbsentwürfe hinsichtlich Umsetzung des energetischen Standards Neubau.
- Personaleinsatzkonzept.
- Strukturelle Herangehensweise:
 - Projektorganisation inklusive Baustellenorganisation/Sicherstellung der Vor-Ort-Präsenz;
 - Bearbeitungsmethodik inklusive Konzept zur Koordination der Fachingenieure/Sicherstellung des Informationsflusses zwischen den Projektbeteiligten/Zusammenarbeit mit dem AG;
 - Darstellung von Besonderen Leistungen, die zur Verbesserung des Projektablaufs führen können;
 - Termin- und Kostensteuerung.
- Herangehensweise an komplexe fachtechnische Aufgabenstellungen anhand von durchgeführten Bauprojekten:
 - im Bereich Bauen im Bestand: Sanierung denkmalgeschützter Substanz;
 - im Bereich Bauen im Bestand: Gestalterische Veränderung

eines einzelnen Bauteils (zum Beispiel Fenster/Türen), so dass es neuen Anforderungen in technischer Hinsicht gerecht wird, zum Beispiel im Bereich Wärmeschutz, Brandschutz;

- Maßnahmen und Instrumente zur Qualitätssicherung in der Bauausführung.

- Honorar (Den ausgewählten Teilnehmern wird mit der Einladung zum Verhandlungsgespräch der Vertragsentwurf zugesandt. Hier sind Honorarsatz, Nebenkosten und gegebenenfalls erforderliche Besondere Leistungen zu ergänzen. Der Vertrag ist vor der Verhandlung an das Zentrale Vergabeamt zu übersenden, damit vorab das Honorar ermittelt werden kann.). Die Ausloberin behält sich vor, die Bauaufgabe in mehreren Abschnitten beziehungsweise räumlich definierten Teilbereichen zu realisieren und die Beauftragung entsprechend vorzunehmen. Im Auftragsfall ist eine Erklärung nach §1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben. Im Falle einer weiteren Beauftragung werden durch den Wettbewerb bereits erbrachte Leistungen des/der Wettbewerbsteilnehmenden bis zur Höhe des zuerkannten Preises nicht erneut vergütet, wenn der Wettbewerbentwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird. Eine Mitwirkung von Fachabteilungen des Bauherrn und von durch den Bauherrn beauftragten natürlichen und juristischen Personen bei der technischen und wirtschaftlichen Durchführung der Planung ist vorgesehen. Preisrichter, Sachverständige, Wettbewerbsbetreuer/-vorprüfer und Berater dürfen keine Planungsleistungen im Rahmen der Umsetzung der Wettbewerbsaufgabe übernehmen.

Namen der Mitglieder des Preisgerichts

Die Zusammensetzung des Preisgerichtes erfolgt nach den Regeln der RAW 2004, stimmberechtigt beteiligt sind:

1. Prof. Hilde Barz-Malfatti, Architektin, Weimar (D);
2. Brigitta von Bülow, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Köln (D).
3. Dr. Ralph Elster, Mitglied der CDU-Fraktion, Köln (D);
4. Michael Frenzel, Mitglied der SPD-Fraktion, Köln (D);
5. Andreas Hild, Architekt, München;
6. Franz-Josef Höing, Dezernent für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr der Stadt Köln, Köln;
7. Dr. Mario Kramp, Leiter Kölnisches Stadtmuseum, Köln (D);
8. Prof. Wolfgang Lorch, Architekt, Saarbrücken (D);
9. Prof. Andreas Meck, Architekt, München (D);
10. Jürgen Minkus, Gestaltungsbeirat der Stadt Köln, Architekt, Köln (D);
11. Prof. Markus Neppi, Architekt, Karlsruhe/Köln;
12. Engelbert Rummel, geschäftsführender Betriebsleiter Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, Köln (D);
13. Ralph Sterck, Mitglied der FDP-Fraktion, Köln (D);
14. Heinz Tesar, Architekt, Wien;
15. NN, Dezernent für Kunst und Kultur der Stadt Köln, Köln (D);

Die Mitglieder des Preisgerichtes werden in den Ausschreibungsunterlagen zur Wettbewerbsaufgabe vollständig namentlich aufgeführt.

Aufteilung in Lose:

Die Ausschreibung ist nicht in Lose aufgeteilt.

Varianten/Nebenangebote sind zulässig: nein

Voraussetzungen des Auftrags

Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigter Vertreterin oder bevollmächtigtem Vertreter.

Sonstige Bedingungen an die Auftragsausführung:

Der Zulassungsbereich umfasst die Mitgliedsstaaten des Eu-

ropäischen Wirtschaftsraumes (EWR) sowie Staaten der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA). Neben maximal 16 geladenen Teilnehmern erfolgt in einem offenen Bewerbungsverfahren die Auswahl weiterer 12 Teilnehmer.

Mindestanforderungen und Ausschlusskriterien:

Folgende Unterlagen/Erklärungen müssen zur Bewerbung fristgerecht vorliegen:

(1) Vollständig ausgefüllter und von dem Büroinhaber, einem Geschäftsführer und/oder dem bevollmächtigten Vertreter rechtsverbindlich unterschriebener Bewerbungsbogen mit

a) Eigenerklärung gemäß § 4 Absatz (6) und (9) VOF Stand 2009 (Erklärung über das Nichtzutreffen möglicher Ausschlussgründe).

b) Eigenerklärung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung (gemäß § 5 Absatz (4) a VOF Stand 2009) im Auftragsfall mit Deckungssummen bei Personenschäden von 5,0 Millionen EURO und sonstigen Schäden von 3,0 Millionen EURO pro Jahr; die Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das dreifache der Deckungssumme betragen

c) Eigenerklärung zur Beruflichen Befähigung/Teilnahmeberechtigung (siehe Ziffer III.2 Amtsblatt der Europäischen Union).

d) im Fall einer Bewerbergemeinschaft zusätzlich: Vorlage einer von allen Mitgliedern unterzeichneten Bewerbergemeinschaftserklärung (Formblatt).

e) In allen übrigen Fällen, in denen ein bevollmächtigter Vertreter unterschreibt: Nachweis der Bevollmächtigung durch Vorlage einer Vollmachtserklärung.

f) Bei Personengesellschaften und juristischen Personen ist ein Auszug aus dem Handelsregister beizufügen.

Außerdem sind folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

a.) Referenzprojekte Neubau (genau 2 Projekte): Nachweis von zwei unter eigenem Namen geplanten Referenzprojekten (es müssen mindestens die Leistungsphasen 2-5 im Sinne HOAI 2009 §33 durch den Bewerber/ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft durchgehend erbracht worden sein) mit der Zuordnung Neubau im Sinne HOAI 2009 § 2 aus den letzten 10 Jahren (Abschluss Leistungsphase 5 im Sinne HOAI 2009 § 33 im Zeitraum 04/2003 bis 03/2013). Es muss mindestens eines der beiden Referenzprojekte in den letzten 10 Jahren realisiert worden sein (Abschluss Leistungsphase 8 im Sinne HOAI 2009 § 33 bis 03/2013).

b.) Referenzprojekt Bauen im Bestand (genau 1 Projekt): Nachweis eines unter eigenem Namen geplanten (es müssen mindestens die Leistungsphasen 2-5 im Sinne HOAI 2009 § 33 durch den Bewerber/ein Mitglied der Bewerbergemeinschaft durchgehend erbracht worden sein) und in den letzten 10 Jahren realisierten Referenzprojektes mit der Zuordnung Umbau und/oder Modernisierung im Sinne HOAI 2009 § 2 aus den letzten 10 Jahren (Abschluss Leistungsphase 8 im Sinne HOAI 2009 § 33 im Zeitraum 04/2003 bis 03/2013).

Eine Referenz für den Bereich Neubau kann auch im Bereich Bauen im Bestand benannt werden, sofern beide Bereiche abgedeckt werden.

Für die insgesamt drei zu benennenden Referenzprojekte [zwei Referenzprojekte im Bereich Neubau und ein Referenzprojekt im Bereich Bauen im Bestand] gelten zusätzlich folgende weitere Mindestanforderungen:

- es muss mindestens eines der drei Referenzprojekte der Honorarzone IV im Sinne HOAI 2009 § 34 zuzuordnen sein und/oder ein Gebäude für kulturelle und musische Zwecke [das heißt Museumsgebäude, Ausstellungsgebäude, Bibliotheksgebäude, Veranstaltungsgebäude (Theater- beziehungsweise Konzertgebäude) darstellen;

- es muss mindestens eines der drei Referenzprojekte Baukosten (Kosten Kostengruppe 300 und 400 nach DIN 276 Neu) größer/gleich 3,5 Millionen Euro netto aufweisen.

Die Referenzprojekte müssen im Falle von Bewerbergemeinschaften nicht von jedem Mitglied sondern von der Bewerbergemeinschaft insgesamt nachgewiesen werden. Mitarbeiterreferenzen sind nicht zugelassen. Bei Bewerbergemeinschaften ist das Bewerbungsformular vom bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft auszufüllen, zu unterschreiben und mit den entsprechenden Anlagen zu versehen.

Alle Nachweise der Referenzprojekte erfolgen jeweils durch Ausfüllen des Bewerbungsformulars (Abschnitte 3.1 bis 3.3) mit folgenden Angaben (sofern im Bewerbungsformular Abfragen sind nicht durchgehend identisch): Bezeichnung der Maßnahme; Ort/Land, Auftraggeber, bei Bewerbergemeinschaften zusätzlich Auftragnehmer/Verfasser; Art der Baumaßnahme [Neubau bzw. Umbau-/Modernisierungsmaßnahme]; erbrachte Leistungsphasen im Sinne HOAI 2009 § 33; Datum Abschluss LPh 8 bzw. LPh 5 im Sinne HOAI 2009 § 33; Baukosten (Kostengruppe 300 und 400 nach DIN 276 Neu); Schwierigkeitsgrad (Honorarzone im Sinne HOAI § 34); Gebäudetypologie (Gebäude für kulturelle und musische Zwecke). Außerdem ist je Referenzprojekt ein Referenzblatt (Kurzbeschreibung/Bilddokumentation auf einem DIN A3 großen Blatt [Querformat], einseitig bedruckt) vorzulegen. Es sollen hinsichtlich der an die Referenzprojekte gestellten Auswahlkriterien aussagekräftige Pläne, Perspektiven, Fotos und ein Lageplan sowie ein kurzer Erläuterungstext dargestellt werden.

Die Einsendung muss als Papierausdruck (Referenzblatt auf DIN A4 gefaltet) erfolgen. Darüber hinausgehende Unterlagen werden nicht berücksichtigt.

Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgesandt. Es besteht kein Anspruch auf Kostenerstattung (s. IV.5.2 Amtsblatt der Europäischen Union).

Für die Bewerbung ist ausschließlich der Vordruck des Bewerbungsformulars und, sofern zutreffend, die Bewerbergemeinschaftserklärung zu verwenden. Zusätzlich sind Referenzblätter (Kurzbeschreibung/Bilddokumentation) zu erstellen. Das Bewerbungsformular kann bei der unter Ziffer I.1 ("Name, Adressen und Kontaktstelle(n)") genannten Adresse schriftlich per Telefax oder per E-Mail unter Angabe der Projektbezeichnung „Wettbewerb Kölnisches Stadtmuseum – Formblätter“ angefordert werden. Um die Zulassung zur Teilnahme zu erlangen, ist es zwingend erforderlich, dass das vom Auslober vorgegebene Bewerbungsformular ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben im Original bis zu der in Ziffer IV.4.3 benannten Frist eingereicht wird und die Referenzprojekte und mögliche Nachweise beigelegt sind. Das Fehlen der Unterschrift auf dem Bewerbungsbogen führt unmittelbar zum Ausschluss aus dem weiteren Verfahren. Unrichtige Angaben führen zum Ausschluss der Bewerber/innen und gegebenenfalls ihrer Arbeit vom weiteren Verfahren.

AUSLOSUNG:

Falls mehr als 12 Bewerbungen die oben genannten Anforderungen erfüllen, erfolgt die Auswahl durch ein Losverfahren. Das Losverfahren erfolgt unter Aufsicht eines Notars oder einer Person, die die Befähigung zum Richteramt hat. Zusätzlich werden Nachrücker in angemessener Zahl ebenso durch das Los bestimmt.

Bei fehlenden Erklärungen oder Nachweisen sowie missverständlichen Angaben behält sich die Ausloberin vor, diese gemäß § 5 (3) VOF mit Fristsetzung nachzufordern. Der Ausschluss von der Teilnahme bleibt vorbehalten. Für diesen Fall werden Nachrücker in fester Reihenfolge festgelegt. Die gelosten Nachrücker rücken ebenfalls im Falle einer Absage von

gesetzten Teilnehmern bis zum Zeitpunkt des Rückfragenkolloquiums nach. Die ausgelosten Bewerber werden nach der Durchführung der Auslosung per E-Mail benachrichtigt. Parallel werden die zur Teilnahme am Wettbewerb ausgewählten Büros auf der Internetseite der Stadt Köln (<http://www.stadt-koeln.de/1/verwaltung/vergaben/ausschreibungsservice/>) veröffentlicht

Angaben zu Preisen:

Die Wettbewerbssumme beträgt 100.000,00 EURO (zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer).

Vorgesehen ist folgende Aufteilung: 1. Preis: 35.000,00 EURO; 2. Preis: 25.000,00 EURO; 3. Preis: 15.000,00 EURO; 4. Preis: 10.000,00 EURO; 2 Anerkennungen á 7.500,00 EURO.

Die Preise und Anerkennungen werden nach Entscheidung des Preisgerichts zugeteilt. Eine Änderung von Anzahl und Höhe der Preise unter Ausschöpfung der gesamten Summe ist bei einstimmigem Beschluss des Preisgerichtes gemäß RAW 2004 möglich

Angaben zu Zahlungen an alle Teilnehmer: Für die Bewerber besteht kein Anspruch auf Rücksendung ihrer Bewerbungsunterlagen und auch kein Anspruch auf Kostenerstattung und Aufwandsentschädigung jeglicher Art.

Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: 28

Teilnahmekriterien (objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern) mit Gewichtung:

Kriterien für die Bewertung der Projekte:

Die Kriterien für die Bewertung der Wettbewerbsarbeiten sind:

- Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms (betriebliche Belange);
- räumliche Organisation und Funktionalität für Nutzer/Besucher (Erschließung, funktionale Zuordnung, räumliche Qualitäten, Raumzuschnitte [funktionale Belange]);
- Einbindung der Neubebauung in das Denkmalensemble und Umgang mit der vorhandenen Substanz (denkmalpflegerische Belange);
- stadträumliche Gestaltung, Zugänglichkeit/Adressbildung (städtebauliche Belange);
- Baukörpergestaltung, Außenwirkung/Ablesbarkeit/Prägnanz/Materialität (architektonische Belange);
- Energieeffizienz und Nachhaltigkeit
- Einhaltung planungs- und baurechtlicher Belange;
- Wirtschaftlichkeit in Erstellung, Betrieb und Unterhalt (Realisierbarkeit).

Das Preisgericht behält sich vor, die Kriterien zu ändern.

Die Reihenfolge der Kriterien beschreibt nicht deren Rangfolge und Wichtung; im Detail siehe Auslobungstext.

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien (bei europaweiten Verfahren mit deren Gewichtung): Sind mehr als zwei Kriterien genannt, enthalten die Vergabeunterlagen weitere Informationen.

Ausgabe der Unterlagen

Weitere Unterlagen können gefordert werden bei: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 04, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Telefon: 0221/221-26884, Fax: 0221/221-26272

Abgeholt werden können die Unterlagen montags bis freitags von 8 bis 12 Uhr.

Wird ein Entgelt für die Unterlagen erhoben, ist dieses sowohl bei Abholung als auch bei Versand im Voraus zu überweisen. Bitte zahlen Sie den Betrag auf das Konto bei der Sparkasse KölnBonn, Kontonummer 1929792990, BLZ 37050198. Als Verwendungszweck ist die oben genannte zehnstellige Verga-

benummer anzugeben. Die Vorlage des Einzahlungsbelegs, zum Beispiel die Auftragsbestätigung bei Onlinebuchung, ist Voraussetzung für die Herausgabe oder den Versand der Vergabeunterlagen.

Entgelt für die Unterlagen:

Für Abholer: kostenfrei Euro, Bei Versand: kostenfrei Euro

Empfohlener Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen: 03.06.2013

Frist für die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge: 03.06.2013, 14.00 Uhr

Bewerbung/Angebote bitte richten an: Stadt Köln, Zentrales Vergabeamt -27-, Zimmer-Nummer: 10 A 021, Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln

Bewerbungen/Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

Auskunft erteilt: Ihre Fragen senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse submissionsdienst-vergabeamt@stadt-koeln.de oder an die Faxnummer 0221/221-26272.

Bei der Eröffnung der Angebote dürfen Bieterinnen und Bieter oder ihre Bevollmächtigten anwesend sein.

Nachprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln

Einlegung von Rechtsbehelfen: Genaue Angaben zu den Fristen von Rechtsbehelfen:

siehe § 107 Absatz 3 Nummern 1 bis 4 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

unverzüglich gegenüber der Stadt Köln nach Erkennen des Verstoßes gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren spätestens bis Ablauf der Angebots-/Bewerbungsfrist bei Verstößen gegen Vergabevorschriften in der Bekanntmachung spätestens bis Ablauf der Angebots-/Bewerbungsfrist bei Verstößen gegen Vergabevorschriften in den Vergabeunterlagen innerhalb von 15 Tagen nach Eingang der Mitteilung der Stadt Köln, der Rüge nicht abhelfen zu wollen

siehe § 101b Absatz 2 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

30 Kalendertage ab Kenntnis des Rechtsverstoßes, spätestens jedoch sechs Monate nach Vertragsschluss Im Fall der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU

Tag der Absendung der vorliegenden Bekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften: 26.04.2013

Anfragen per E-Mail zu Ausschreibungen und Vergabevorgängen richten Sie bitte gleichzeitig an unser Postfach „Submissionsdienst-Vergabeamt@stadt-koeln.de“

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt
G 2663

Öffentliche Sitzungen der Ausschüsse und Bezirksvertretungen

13.05.2013	Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik BÜZE Bürgerzentrum Deutz, Großer Saal, Tempelstr. 41–43, 50679 Köln 14.00 – 16.30 Uhr	13.05.2013	Bezirksvertretung Ehrenfeld Bezirksrathaus Ehrenfeld Sitzungsraum 116 Venloer Straße 419–421 50825 Köln 17.00 Uhr
------------	---	------------	---

Nähere Informationen finden Sie auf der Homepage der Stadt Köln unter
<http://www.stadt-koeln.de/ratderstadt/ausschuesse/> und <http://www.stadt-koeln.de/bezirke/>

Redaktionsschluss: Freitag 12 Uhr

Herausgeber: Stadt Köln · Der Oberbürgermeister

Redaktion: Amt für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Laurenzplatz 4, 50667 Köln, Zimmer 2;

Telefon 0221/221-22074, Fax 0221/221-37629, E-Mail: Amtsblatt@Stadt-Koeln.de

Druck: rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstraße 11, 57537 Wissen, Telefon 02742/9323-8, E-Mail: druckhaus@rewi.de, www.rewi.de

Dieses Produkt wurde auf PEFC-zertifizierten Papieren produziert, PEFC/04-31-0829.

Erscheint wöchentlich jeweils mittwochs. ISSN 0172-2522, Einzelpreis 1,50 €

Jahresabonnement: 79,50 € einschließlich Versand. Abbestellungen sind der Stadtverwaltung Köln
bis zum 30.11. eines jeden Jahres schriftlich mitzuteilen.

Das Abonnement kann nur zum jeweiligen Jahresende gekündigt werden und muss im Voraus entrichtet werden.

Die evtl. erforderliche Anfertigung von Fotokopien wird entsprechend der Verwaltungsgebührensatzung in der jeweils gültigen Fassung berechnet.

Das Amtsblatt kann gebührenfrei im Bürgerbüro, Laurenzplatz 4, 50667 Köln sowie gegen Tagesentgelt von 1,00 € in der
Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln, eingesehen werden.